

Exemplarische Quellenkritik und -interpretation

Die "historisch-kritische Methode" bildet die Basis historischen Arbeitens. Im Folgenden soll an einem themenbezogenen Beispiel gezeigt werden, welche Schritte im Einzelnen zu gehen sind. Es handelt sich hier um ein idealtypisches Muster; nicht jede Quelle erlaubt die Anwendung aller aufgeführten Analyseelemente; gleichwohl sollten Sie sich in Ihrer Hausarbeit (sofern Quellenarbeit) darum bemühen, möglichst viele der genannten Elemente für sich nutzbar zu machen.

1. Gliederungsschema für Quellenkritik und Quelleninterpretation

Formbestimmung

Art der Quelle; Bestimmung der Quellengruppe; Überlieferung; ggf. Erhaltungszustand. Ermittlung des authentischen Wortbestandes, Prüfung der Echtheit. Ermittlung von Entstehungszeit, -ort, Verfasser, Adressat; Sammlung von Zusatzinformationen zur Entstehung.

"Innere Kritik"

Sprachliche Aufschlüsselung: Erklärung von unbekanntem Wörtern, nicht mehr geläufigen Wortinhalten, Erklärung von Begriffen. Sachliche Aufschlüsselung: Aufklärung über unbekanntes Sachverhalte; Erklärung von Anspielungen auf bestimmte Personen, Ereignisse und bestimmte soziale, wirtschaftliche, politische und rechtliche Sachverhalte.

Inhaltsangabe

Bestandsaufnahme als Zusammenschau der im Text enthaltenen zentralen Aussagen.

Eingrenzung des Aussagebereichs / Kontextbestimmung

Kontrolle durch andere Quellen und Fachliteratur; Rekonstruktion der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte; Einordnung in ein soziales, wirtschaftliches, biographisches, rechtliches, politisches, ideologisches, kulturelles Umfeld und in größere historische Zusammenhänge.

Einschätzung

Bestimmung des Erkenntniswerts für die eigene Fragestellung.

2. Beispiel-Quelle

Wir befassen uns mit dem im "Vorwärts" vom 10. April veröffentlichten Wahlauf Ruf der SPD-Reichstagsfraktion zur Reichstagswahl vom Ostersonntag 1898. Unser Erkenntnisinteresse bezieht sich auf die Agitation zur Gewinnung neuer Wählerschichten.

"Parteigenossen! Wähler!

- (1) Das Mandat des 1893 gewählten Reichstages ist dem Erlöschen nah. Ein neuer Reichstag muß gewählt werden. Im Frühling des Jubeljahres der Märzrevolution hat das deutsche Volk sich seine Zukunft zu schmieden.
- (2) Ein Wahlkampf ist vor uns, bei dem mehr auf dem Spiele steht als bei irgend einer früheren Reichstagswahl.
- (3) Auf an die Arbeit! Organisirt den *Kampf!* Organisirt den *Sieg.* Es ist keine Zeit zu verlieren.
- (4) Nur noch wenige Wochen und das Schicksal Deutschlands wird, soweit es von der Thätigkeit des neu zu wählenden Reichstags abhängt, für fünf Jahre entschieden. Und was bedeuten nicht fünf Jahre in unserer raschlebenden Zeit! Darum, auf zum Wahlkampf unter Aufbietung aller Eurer Kräfte bis zum Aeußersten!
- (5) Die Volks- und Arbeiterfeinde sind auf allen Seiten an der Arbeit, um ihre reaktionären Pläne durchführen zu können. Vom Ausgang der bevorstehenden Wahl hängen Eure wichtigsten Lebensinteressen ab.
- (6) *In erster Linie* ist das *allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht in Gefahr*, das bei den Liberalen nur laue Freunde, bei den Konservativen - einschließlich des Bundes der Landwirthe - nur offene und geheime Feinde hat, *die auf seine Verstümmelung und thatsächliche Vernichtung ausgehen. Wähler! Seid auf der Hut!*
- (7) Erlangen die reaktionären Parteien im neuen Reichstag die Oberhand, so ist es um das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht geschehen. Das einzige wirkliche Recht, welches das deutsche Volk besitzt, ist dann verloren.
- (8) Das allgemeine *Wahlrecht* will man dem Volke nehmen, aber die allgemeine *Wehrpflicht* soll von ihm in immer größerem Umfange für Heer und Flotte getragen werden, mit all den finanziellen und persönlichen Lasten, die aus dieser Pflicht erwachsen. Im Fall eines Krieges muß das Volk seine Haut und seine Knochen zu Markte tragen, wie es heißt: im Interesse des Vaterlandes! Aber in diesem selben Vaterlande trachten gar Viele den Arbeiter, den Mann aus dem Volke, soweit zu *entrecht*, daß er nur noch zu arbeiten, zu opfern und zu schweigen hat.
- (9) Wähler! Das können nur Menschen verlangen, die jedes Rechtssinnes baar sind, Menschen, deren letzter Funke von Gerechtigkeitsgefühl im Klassenegoismus erstickt ist.
- (10) *In zweiter Linie* ist das *Koalitionsrecht* in Gefahr, das ebenso wie das allgemeine Wahlrecht zahlreiche geheime und offene Gegner hat. Der bekannte Erlaß des Grafen Posadowsky hat wie ein greller Blitz den Stand der Dinge beleuchtet und gezeigt, was geplant wird. Es handelt sich darum, den Arbeitern das Koalitionsrecht, ihre beste Waffe gegen das Unternehmertum, bis zur Werthlosigkeit einzuschränken. Das ist am Ende des 19. Jahrhunderts das Ideal gar Vieler und Mächtiger. *Kapitalisten* gründen Ringe, Trusts, Syndikate zur *Ausplünderung* der Konsumenten, ungehindert von den gesetzlichen Schranken, die den *Arbeiter*, der einen höheren Antheil an dem Produkt seiner Arbeit verlangt, auf Schritt und Tritt einengen, so daß er häufig dem Strafrichter in die Arme getrieben wird.
- (11) Alle Klassen, alle Schichten organisiren sich zur Vertheidigung und zur Förderung ihrer Interessen. Nur dem Arbeiter möchte man verweigern, was alle Anderen als *selbstverständliches Recht* in Anspruch nehmen.
- (12) Mit zweierlei Maß wird in zahlreichen Fällen gemessen. In den Augen des Unternehmertums gilt, was der Unternehmer ungestraft thut, vom Arbeiter gethan als ein Verbrechen an der heiligen kapitalistischen Ordnung, das schwerer bestraft werden soll als Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung. Auf keinem Gebiete zeigt sich der Klassencharakter unserer Gesellschaft so nackt und gewalthätig wie hier. Schutz der Religion, der Sitte und Ordnung erscheinen nur als drei

verschiedene Namen für ein und dieselbe Sache: *Schutz für die Interessen des Geldsacks.*

- (13) Der Unternehmer soll in allen seinen Rechten und Freiheiten geschützt, dem Arbeiter soll - so wünschen einflußreiche Leute - der letzte Rest seiner Bewegungs- und Vertheidigungs-Freiheit genommen werden.
- (14) In Verbindung mit dem Versuch, dem Arbeiter das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht zu nehmen, und das Koalitionsrecht zu einem Messer ohne Klinge und Stiel zu machen, geht in weiten, einflußreichen Kreisen das Bestreben, das geringe Maß von Vereins- und Versammlungs-Freiheit noch mehr zu beschränken, *obgleich wir Deutsche in diesem Punkte weit hinter den meisten Kulturvölkern zurückstehen.* Das uralte Recht, sich frei vereinigen und versammeln zu können, ist der Mehrheit des deutschen Volkes schon seit Langem verkümmert worden. Jetzt aber macht die immer frecher auftretende Reaktion den Versuch, auf dem Wege der Landesgesetzgebung dieses Recht noch mehr zu verkümmern. Der Reichstag ist aber der einzige Ort, von dem aus Protest gegen diese Attentate erhoben und die Schaffung eines freien Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes für das ganze Reich herbeigeführt werden kann.
- (15) Neben den geschworenen Feinden eines jeden Volks- und Arbeiterrechts: den *Junkern*, ist es die sehr große Mehrheit der Großindustriellen: jene Klasse, die in den letzten Jahren des guten Geschäftsganges enorme Profite eingeheimst und ungeheure Vermögen aufgespeichert hat, die den Arbeiter und den kleinen Mann zu einem *stummen* Mann machen möchte.
- (16) Andere Fragen, die in dem kommenden Reichstag von *höchster* Bedeutung für die Lebensinteressen der arbeitenden Klasse sind, betreffen die Handels- und Agrarpolitik, soweit diese von Reichswegen beeinflußt und geleitet werden kann.
- (17) Eine stetige Handelspolitik, die auf dem Abschluß von Tarif- oder Meistbegünstigungsverträgen mit allen in den modernen Verkehr gezogenen Völkern beruht, ist in hohem Grade geeignet, den friedlichen Wettkampf der Völker auf allen Gebieten der Kultur zu fördern. Eine solche Handelspolitik allein kann eine ruhige Entwicklung unserer gewerblichen, industriellen und handelspolitischen Verhältnisse herbeiführen und, soweit dies innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überhaupt möglich ist, den Arbeiter in der Verwerthung seiner Arbeitskraft vor allzu starken Schwankungen sichern. Von der materiellen Lage der Arbeiterklasse hängt aber wieder in erster Linie die materielle Lage der meisten Handwerker, und kleinen Geschäftsleute und selbst eines großen Theils der Landwirthschaft ab.
- (18) Diese Handelspolitik wird von dem Agrariertum in seinen verschiedenen Richtungen und von einem Theil der schutzzöllnerisch gesinnten Großindustriellen bekämpft. Der Abschluß von Handelsverträgen der eben gekennzeichneten Art bedingt die Ermäßigung und Bindung der Agrarzölle, d. h. der Zölle auf die *nothwendigsten Lebensbedürfnisse* der arbeitenden und besitzlosen Klassen. Bei Ablauf der Handelsverträge in den Jahren 1903-1904 wird ihre Erneuerung und Erweiterung erforderlich. Statt dessen wünschen die vereinigten Gegner der bisherigen Handelspolitik eine *sehr erhebliche Steigerung der Zölle auf Getreide und andere nothwendige Nahrungs- und Lebensmittel sowie strenge Einfuhrverbote für ausländisches Vieh, für Fleisch, Speck, Schinken, Schmalz, Obst und ähnliche Nahrungsmittel.* Das wirtschaftspolitische Ideal der Agrarier ist in erster Linie der Schutz und die Unterstützung der großen Grundherren und ihrer Pächter *auf Kosten der industriellen gewerblichen und handeltreibenden Bevölkerung, auf Kosten der kleinen Beamten und der Arbeiter*, ohne daß dieser Schutz und diese Hilfe den Kleinbauern und den Landarbeitern den geringsten Nutzen bringt.
- (19) Wähler! Diese Politik der Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung *wird siegen, seid Ihr nicht auf der Hut und thut Ihr nicht Eure Pflicht bei den Wahlen!*
- (20) Gegen eine solche Politik der Vergewaltigung hat die gesammte Arbeiterklasse, haben Alle, die nicht Ausbeuterinteressen vertreten und die eine Unterdrückungspolitik verurtheilen, sich wie **ein** Mann zu erheben und den Kampf bis aufs Aeüßerste zu führen. *Inbesondere müssen die Arbeiter ohne Unterschied ihrer religiösen und sonstigen Anschauungen zusammenstehen, denn ein gut Stück ihrer wirtschaftlichen und politischen Existenz steht auf dem Spiele.* Es bedarf wohl auch nicht erst des Beweises, daß von allen Jenen, welche die hier gebrandmarkte Politik verfolgen, nicht das Geringste *weder für ernste sozialreformerische Maßregeln, noch für politische Rechte und Freiheiten zu erwarten ist.* Das Eine schließt das Andere aus.
- (21) Wähler! Parteigenossen! Noch nach anderen Richtungen drohen dem Volke Gefahren!

- (22) Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande haben im deutschen Reich einen Umfang angenommen, daß *Deutschlands Bevölkerung unter allen Staaten Europas dafür verhältnißmäßig die höchsten finanziellen Opfer aufzubringen hat*. Die Mehrheit des jetzigen Reichstags hat *unter Preisgabe des Budgetrechts der künftigen Reichstage* gewaltige Mehrausgaben für neue Rüstungen zu Wasser beschlossen. Für diesen schmähhlichen Verrath ist in erster Linie die *Zentrumspartei* des Reichstags verantwortlich. An den Wählern ist es, mit den Verräthern *abzurechnen*. Den Rüstungen zu Wasser werden *neue Rüstungen zu Lande folgen*. Der Hinweis auf verstärkte Rüstungen der Nachbarstaaten wird den Grund hergeben. So treibt ein Keil den anderen und die Völker haben die Kosten zu zahlen.
- (23) Außerdem wird die große Rechnung für *Kiaotschau*: die *chinesische* Rechnung und was damit zusammenhängt, dem nächsten Reichstag überreicht. Das ist die Rechnung für die *'Weltpolitik'* - und sie wird *progressiv wachsen, sofern ein gefügiger Reichstag den Regierungen zu Gebote steht*.
- (24) Mit der Zunahme aller dieser Rüstungen und materiellen Ansprüche *steigen aber auch die Ansprüche an die Steuerkraft des Volks* und nicht nur an die Steuerkraft, *sondern auch an die Menschenkraft*. Der letzte brauchbare Mann wird auf Jahre hinaus seiner Erwerbsthätigkeit und seiner beruflichen Ausbildung entzogen und große finanzielle Opfer werden an ihn persönlich oder an seine Angehörigen gestellt.
- (25) Insbesondere ist es unsere Küstenbevölkerung, die unter den außerordentlich hohen Anforderungen, welche die Kriegs-Marine an Lieferung von Mannschaften stellt, schwer zu leiden hat.
- (26) Und während so Rüstung auf Rüstung sich häuft und die finanziellen Opfer ins Ungemessene steigen, *fließen die offiziellen Reden der europäischen Machthaber über von Friedensliebe und gegenseitigen Freundschaftsversicherungen, als trübte kein Wölkchen den politischen Horizont*.
- (27) Dieser unnatürliche, durch und durch unwahre und kulturwidrige Zustand, der in schreiendem Gegensatz zu dem Friedens- und Freundschaftsbedürfniß der arbeitenden Klassen aller Völker steht, ist die Folge der Klassenherrschaft hüben und drüben. Wie die Kapitalistenklasse im eigenen Lande das arbeitende Volk ausbeutet und unterdrückt, so will sie auf dem Weltmarkt die fremden Völker ausbeuten und unterdrücken.
- (28) *Die verschiedenen Kulturstaaten stehen sich gegenwärtig bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, bereit jeden Augenblick über einander herzufallen* - ein Zustand, der ebenso allen Lehren des von den Feinden des Volkes beständig angerufenen Christenthums wie den einfachsten Grundsätzen der Menschlichkeit widerspricht.
- (29) Die erhöhten finanziellen Opfer, die dieser Zustand erfordert, müssen auch künftig wieder hauptsächlich von den arbeitenden Klassen aufgebracht werden. Schon heute tragen die breiten Massen den größten Theil der Gut- und Blutsteuer. Die reichen Klassen, deren Patriotismus und Vaterlandsiebe darin besteht, daß sie für alle Rüstungen zu Lande und zu Wasser sich begeistern und für sie stimmen, lehnten bis heute es hartnäckig ab, im Verhältniß zu ihrem ungeheuren Vermögen und enormen Einkommen, zu diesen Ausgaben beizutragen. Als wir bei der *Flottenvorlage* beantragten, die durch dieselbe entstehenden Mehrausgaben durch eine *direkte* Steuer aufzubringen, welche die Einkommen von 6.000 Mark an trifft, und zwar die großen Einkommen stärker als die kleineren, da wurde dies *abgelehnt*. *Ein großer Theil der Flottenbegeisterten bezieht in sehr erheblichem Maß*
- (30) *Riesenprofite aus den Rüstungen zu Wasser und zu Lande, und die Söhne besetzen die leitenden und gut bezahlten Stellen in Heer und Marine. So genießen die Patrioten und Vaterlandsfreunde alle Vortheile und keinen der Nachtheile dieser Art Politik*.
- (31) Sie schwärmen für die *Kolonialpolitik, die Brod- und Fleischvertheuerung, die Zucker- und*
- (32) *Branntweinprämien auf Kosten der großen Masse*. Zum Dank führen sie vom Auslande Lohndrücker und Streikbrecher in Schaaren nach Deutschland; die deutschen Arbeiter aber, die sie der Freizügigkeit berauben und mit Kontraktbruchgesetzen knebeln wollen, treiben sie zur Auswanderung. *Das heißen sie dann 'nationale Politik'*.
- (33) Und wie lange dauert es und der neu gewonnene 'gelbe Bruder', der bedürfnißlose chinesische Kuli, auf den ein Theil der Agrarier schon als auf einen Rettungengel wartet, klopft an unsere Thüren!
- (34) *Unser Kampf richtet sich gegen Rechtlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt*. Unsere Losung ist: *Tod der Noth und dem Müßiggang!*
- (35) Handwerker, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende aller Art, untere Beamte, Arbeiter, Alle, die Ihr bei harter Arbeit und schwerer Sorge für kargen Lohn den Kampf ums Dasein führt, Ihr, auf deren Arbeit unser Staats- und Gesellschaftsbau ruht - Eure Sache ist es, Schulter an Schulter mit uns zu

kämpfen, Euer *eigenes Interesse* gebietet es.

- (36) Wir kämpfen für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Männer *und Frauen* als Freie und Gleiche leben und thätig sind, in der es keine Herrschaft des Menschen über den Menschen giebt *und das Wohlbefinden Aller als oberster Grundsatz aller menschlichen Ordnung anerkannt ist. Freiheit, gleiches Recht für Alle! Keine Rechte ohne Pflichten! Keine Pflichten ohne Rechte!*
- (37) Insbesondere richten wir an Euch *deutsche Frauen die Mahnung: könnt Ihr noch nicht als Wählerinnen mit uns kämpfen, so betheilt Euch als Agitatorinnen am Kampf.* Auch über das Recht der Frau zur Theilnahme am öffentlichen Leben, das die Sozialdemokratie - *allein von allen Parteien* - für Euch fordert, wird in diesem Kampfe mit entschieden.
- (38) Wähler! Parteigenossen! Ein Jahrhundert geht zur Rüste, das insbesondere in seinem letzten Drittel große soziale Kämpfe aufzuweisen hat wie in gleichem Umfange kein früheres Jahrhundert. *In diesen Kämpfen ist das arbeitende Volk auf der ganzen Linie in siegreichem Vordringen begriffen und das neue Jahrhundert wird ihm den Sieg bringen!*
- (39) Darum heran Ihr Wähler! Heran aus Hütten und überfüllten Häusern, aus Fabriken und Werkstätten, vom Schreibpult und Ladentisch, aus Minen und Bergwerken, vom Acker und vom Werkplatz, heran, um in diesem voraussichtlich letzten großen Kampf des scheidenden Jahrhunderts, einen wuchtigen entscheidenden Schlag zu führen *gegen Kapitalismus und Militarismus und Alles was Euch hudeit und büttelt!*
- (40) Wähler! Schwer ist der Kampf, aber groß auch der Siegespreis! Stellt Euch in Reih' und Glied, vor Allem Ihr Männer der Arbeit! In der ganzen Kulturwelt verfolgen Eure Brüder mit lebendiger Theilnahme Euren Kampf; sie betrachten Euch als die *Vorkämpfer* für eine schönere, menschlichere Ordnung, für das Höchste, was Menschen erstreben können: für Wahrheit und Gerechtigkeit, für Völkerfreiheit, Völkerfrieden und Völkerglück.
- (41) Parteigenossen, Wähler! Thut Eure Pflicht gegen Euch selbst, gegen das Vaterland, gegen die Menschheit! *Der Wahlfeldzug beginnt! Drauf und dran! Vorwärts! Vorwärts zu Kampf und Sieg!*
- (42) Nieder mit den Feinden des arbeitenden Volkes!**
- (43) Nieder mit der Reaktion!**
- (44) Hoch die Sozialdemokratie!**

Berlin, am Ostersonntag 1898.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags.

(Es folgen die Namen.)¹

¹ Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 15. Jg., Nr. 84 (10.4.1898), S. 1. (Die Abschnittsnummerierung ist im Original nicht vorhanden.)

3. Interpretation der Beispiel-Quelle

Formbestimmung

Gedruckter Wahlaufdruck der SPD-Reichstagsfraktion, der über die Tageszeitung "Vorwärts", also über das Zentralorgan der SPD, vor allem SPD-Mitglieder erreichte. In dieser Überlieferung kann der Aufruf in den meisten Bibliotheken eingesehen werden - meist allerdings nur auf Mikrofilm. Die vorstehende Textwiedergabe richtet sich nach dem Originalabdruck im Vorwärts.

Der Aufruf wurde zudem - in diesem Fall allerdings unterzeichnet vom SPD-Parteivorstand und nicht von der Reichstagsfraktion - als Wahlkampfplugschrift in den Gemeinden verteilt.

Anders als in der SPD-Zeitung erreichte der Aufruf damit auch Teile derjenigen Wählerschichten außerhalb der SPD-Mitglieder, die im Text ausdrücklich angesprochen wurden. Als Flugschrift liegt der Aufruf etwa im Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) in Bonn-Bad Godesberg vor. In dieser Form wurde er als Vorlage für einen Nachdruck in einer relativ verbreiteten Quellenedition benutzt.²

Die Authentizität eines Textes kann unter Umständen sehr problematisch sein. Ist es auch oft nicht möglich, den Urtext zu rekonstruieren, so ist doch die Kenntnis dieser Schwierigkeiten der Textsicherung für die sich anschließende Quelleninterpretation und ihre Grenzen von großer Bedeutung.

Denken Sie etwa an Äußerungen von Politikern, die in den Massenmedien verbreitet werden. Um Verkürzungen, Entstellungen, redaktionellen Bearbeitungen, Druck- und Wiedergabebefehlern auf die Spur zu kommen, empfiehlt es sich, die "Echtheit" des Textes durch den Vergleich mit der Überlieferung anderer Medien, weiterer Zeitungen oder mit der Informationsquelle (Nachrichtendienste, Presseagenturen, offizielle Mitteilungen) zu sichern.

In unserem Fall des SPD-Wahlaufdrucks steht die Authentizität insofern nicht in Frage, als der Text in gleicher Aufmachung mehrfach überliefert ist und seine Echtheit insofern höchst wahrscheinlich ist. Handelt es sich um eine edierte Quelle, wird sich der Historiker aus Zeitgründen in der Regel auf die Korrektheit des Bearbeiters verlassen und nur bei konkreten Zweifeln oder wenn die jeweilige Quelle im Zusammenhang seiner besonderen Aufgabenstellung von zentraler Bedeutung ist, auf das Original zurückgreifen. In vielen Fällen kann von der Seriosität der Editionsarbeit ausgegangen werden, die editorischen Notizen sollten aber in jedem Fall sorgfältig zur Kenntnis genommen werden.

Der Adressat ist zu Beginn des Textes direkt angesprochen: Er richtet sich in erster Linie an die SPD-Mitglieder, darüber hinaus an die gesamte bei Reichstagswahlen wahlberechtigte Bevölkerung, d. h. prinzipiell an alle deutschen Männer ab dem 25. Altersjahr.³ Im Text wird der Adressat in diesem weiteren Sinne allerdings wiederum spezifiziert und eingegrenzt, indem namentlich die "arbeitenden Klassen" (z. B. Abs. 16 und 27) angesprochen werden.

Der Entstehungsort ist Berlin, der Sitz des Reichstags, der Reichstagsfraktion wie auch des zwölfköpfigen SPD-Parteivorstands. Der Text trägt das Datum "Ostersonntag 1898", das ist der 10.4.1898. Die genaue Entstehungszeit liegt höchstwahrscheinlich im Frühjahr 1898 kurz vor Ostern,

² Friedemann, Peter (Hg.): Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, mit einer Einl. v. Hans Mommsen, 2 Bde., Frankfurt/M. 1978, hier Bd. I, S. 369-375.

³ Nicht wahlberechtigt waren Frauen, Militärangehörige, Personen, die Armenunterstützung bezogen, und jene, die nicht die nicht mindestens schon ein Jahr im Reich bzw. einem Bundesstaat wohnten.

weil Wahlaufrufe im Hinblick auf die Aktualität relativ kurzfristig produziert werden mussten.

Unterzeichnet ist der Aufruf im "Vorwärts" von den 48 namentlich aufgeführten Mitgliedern der SPD-Reichstagsfraktion. Man könnte im Bedarfsfall den Versuch machen, durch das Studium gedruckter und vor allem ungedruckter Quellen Näheres über die Entstehung des Aufrufs zu erfahren. Solche Bemühungen sind hier nach unserer Kenntnis zunächst entbehrlich, weil es sich nicht um ein kontroverses Dokument handelt, wo es auf den internen Diskussionsprozess besonders ankäme. Hintergrund für die Hauptargumentationslinien im Wahlkampf, die auch den hier wiedergegebenen Wahlaufruf durchziehen, war die von August Bebel auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Oktober 1897 eingebrachte und nach eingehender Diskussion einhellig verabschiedete Resolution über die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Die dort formulierten Bedingungen, unter denen im Fall einer Stichwahl ein bürgerlicher Kandidat von der SPD mitgetragen werden könne, enthielten die Kernforderungen der Partei für die anstehende neue Legislaturperiode:⁴

Innere Kritik

– Sprachliche Aufschlüsselung –

Zunächst ist nach unbekanntem Wörtern, z. B. Fremdwörtern, zu fragen. Da wir es hier mit einem Agitationstext zu tun haben, dürften kaum Fremdwörter enthalten sein. Siehe ansonsten das Fremdwörterbuch des "Duden". Es hat zu folgen die Erklärung heute nicht mehr gebräuchlicher Wortinhalte. Unklar könnte z. B. das Wort "Rüste" (Abs. 36) sein, das in dem hier gemeinten Sinn heute noch in den konfessionellen Jugendbewegungen ("Rüstzeit") benutzt wird, oder z. B. die Wörter "hudeln" (nachlässig behandeln) und "bütteln" (knechten) (Abs. 37). Heranzuziehen wäre etwa das Herkunftswörterbuch des "Duden" und u. U. ergänzend ein zeitgenössisches Konversationslexikon, etwa der Große Brockhaus, Ausgabe 1894ff. Stärkeren inhaltlichen Bezug hat die Erklärung von Begriffen, die ganze mindestens schon ein Jahr im Reich bzw. einem Bundesstaat wohnten.

Sachkomplexe bezeichnen. Achten Sie auf die zeitgenössische und SPD-spezifische Bedeutung. Unklar könnten etwa sein: "Klasse(n)" und "Klassenherrschaft" (z. B. Abs. 9, 11, 27), "Arbeiterklasse", "arbeitende Klasse(n)" (z. B. Abs. 16, 17, 27), "reiche Klassen" (Abs. 29), "Kapitalisten", "Kapitalistenklasse" und "Kapitalismus" (Abs. 10, 27, 37), "Militarismus" (Abs. 37); weiter vielleicht auch "Ringe", "Trusts", "Syndikate" (Abs. 10), "Bund der Landwirte" (Abs. 6), "Koalitionsrecht" (Abs. 10 und 14), "Junker" (Abs. 15), "Tarif-" und "Meistbegünstigungsverträge" (Abs. 17), "Gut- und Blutsteuer" (Abs. 29), "Zucker- und Branntweinprämien" (Abs. 30), "Kontraktbruchsgesetze" (Abs. 30). Wichtig ist, die jeweilige Bedeutung ganz genau und nicht nur ungefähr zu kennen. Sie arbeiten bei der Aufschlüsselung am besten mit zeitgenössischen Konversationslexika, historischen Begriffslexika und -parallel dazu - mit heutigen Nachschlagewerken sowie mit der im Literaturanhang angegebenen Spezialliteratur.⁵

⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Hamburg v. 3.-9. Oktober 1897, Berlin 1897, S. 123-155, hier S. 154.

⁵ Als allgemeine und spezielle Nachschlagewerke kommen etwa in Betracht: Brockhaus-Enzyklopädie, z. B. 14. Aufl. (1894-1897), 15. Aufl. (1928-1935), 16. Aufl. (1952-1963) und folgende Auflagen; Der große Herder, z. B. 1. Aufl. (1853-1857), 4. Aufl. (1931-1935) und folgende Auflagen; Meyers Lexikon, z. B. 2. Aufl. (1856-1860), 6. Aufl. (1902-1916), 7. Aufl. (1924-1935) und folgende Auflagen; Duden-Lexika, z. B. "Fremdwörter", "Ethymologie", aber für knappe Worterklärungen auch "Rechtschreibung". Außerdem Bayer, Erich: Wörterbuch zur Geschichte. Begriffe und Fachausdrücke (Kröner Taschenausgabe), 4. Aufl., Stuttgart 1980; Fuchs, Konrad / Raab, Heribert: dtv-Wörterbuch zur Geschichte, Bd. I/2, München 1972 (4. Aufl. 1980); Fischer-Lexikon Geschichte, hg. v. Waldemar Besson, Frankfurt/M. 1961 (mehrere Neudrucke). Die aus dem Marxismus stammende Begrifflichkeit ("Klassen",

Hier sind zunächst Anspielungen auf Personen und Ereignisse aufzuklären. Wir denken etwa an "das Jubeljahr der Märzrevolution" (Abs. 1); dies scheint auf den ersten Blick eine beiläufige Anspielung im 50. Jahr nach den revolutionären Ereignissen von 1848/49 zu sein, die aber durch den gleich anschließenden aktuellen Bezug: "hat das deutsche Volk sich seine Zukunft selbst zu schmieden", Gewicht bekommt. Das ausdrückliche Anknüpfen an die revolutionäre liberal-nationale und demokratische Bewegung von 1848/49 enthält eine offene Herausforderung des bestehenden Systems. Auch die "Lohndrücker und Streikbrecher" aus dem Ausland (Abs. 30) gehören hierher. Gemeint sind in erster Linie landwirtschaftliche Wanderarbeiter aus Russisch-Polen und die Herausführung von Streikbrechern, u. a. aus England, beim Hamburger Hafentarbeiterstreik, der in dieser Kurseinheit weiter oben abgehandelt worden ist. Der Hinweis auf den "bekannten Erlaß des Grafen Posadowsky" (seit 1897 Staatssekretär des Reichsamtes des Innern) (Abs. 10) zielt auf dessen Absichten, im Vorfeld der "Zuchthausvorlage" von 1899 das laut Gewerbeordnung garantierte Koalitionsrecht durch strengere Verfolgung einzuschränken.⁶ "Schutz der Religion, Sitte und Ordnung" (Abs. 12) bezieht sich auf die dem Reichstag 1894 von Reichskanzler von Hohenlohe vorgelegte Umsturzvorlage.⁷ Das gegenüber anderen Ländern "geringe Maß von Vereins- und Versammlungs-Freiheit" (Abs. 14) spielt an auf die bis 1908 gültige preußische Verordnung gegen den "Mißbrauch des Versammlungs- und Vereinigungsrechts" von 1850.⁸

Großagrarien und Schwerindustrielle in ihrem gleichgerichteten Interesse an sie begünstigenden Handelsverträgen und Zollschränken gegenüber der ausländischen Konkurrenz praktizierten im Parlament ein Bündnis aus "Roggen und Stahl" zum gegenseitigen Interessenschutz. Dies ist der allgemeine Hintergrund der Ausführungen zur Handels- und Schutzzollpolitik und für die direkte Anspielung auf die "schutzzöllnerisch gesinnten Großindustriellen" (Abs. 18). Die anschließende Erwähnung der "Agrarzölle" bezieht sich auf die staatliche Begünstigung und Protektion der auf dem Getreideweltmarkt längst nicht mehr konkurrenzfähigen ostelbischen Güter, ausgelöst durch die rapide Industrialisierung, die massive Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter in die Städte und westliche Industrieregionen und die wachsende Konkurrenz durch die USA und Russland. Die Senkung der seit 1879 bestehenden Agrarzölle durch Reichskanzler Caprivi hatte eine einzigartige Protestwelle unter den Agrariern und schließlich die Gründung des "Bundes der Landwirte" als moderner schlagkräftiger Interessenorganisation ausgelöst, die den Sturz des Kanzlers Caprivi mit herbeiführte. Die Erhöhung der Zölle war eine der jahrelang erhobenen Hauptforderungen der Großagrarien, während die Sozialdemokraten dies als Interessenvertretung der dann zwangsläufig mit höheren Lebensmittelpreisen konfrontierten städtischen Industriearbeiterschaft rigoros ablehnten. Obgleich die Getreidezölle vor allem den grundbesitzenden Großagrariern zugute kamen und nicht den Kleinbauern und schon gar nicht den ländlichen Arbeitern, gelang es den Großgrundbesitzern erstaunlicherweise,

"... auch die nicht hauptsächlich vom Getreideanbau lebende Mehrheit der Bauern und weite Teile der landwirtschaftlichen Arbeiter von der vermeintlichen Identität ihrer Interessen zu

"Kapitalismus", auch "Militarismus") können Sie sehr gut nachschlagen in Kritisches Wörterbuch des Marxismus, hg. v. Georges Labica, unter Mitarb. v. Gérard Bensussan, 6 Bde., Hamburg 1983-1989.

⁶ Näheres bei Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S. 268 ff.

⁷ Mit den oben bereits erwähnten Umsturz- und Zuchthausvorlagen plante die Reichsregierung neue Verfolgungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Umsturzvorlage war von Kaiser Wilhelm mit den Worten kommentiert worden "Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes". Sie wurde im Mai 1895 im Reichstag abgelehnt.

⁸ Am 13. Mai 1897 hatte darüber hinaus die preußische Regierung dem Parlament einen Vorschlag zur Abänderung des Vereinsgesetzes vorgelegt ("Kleines Sozialistengesetz"), durch den das Versammlungs- und Koalitionsrecht scharf eingeschränkt werden sollte. Nach der Zustimmung des Landtages in erster Lesung wurde das Gesetz am 24. Juli 1897 schließlich mit 209 gegen 205 Stimmen abgelehnt.

überzeugen und damit ihrer Politik eine Massenbasis zu geben."⁹

Die "Preisgabe des Budgetrechts der künftigen Reichstage" (Abs. 22) durch die derzeitige Parlamentsmehrheit zielt auf das vom Reichstag am 28. März 1898 angenommene erste Flottengesetz und seine Folgewirkungen.¹⁰ Der Hinweis auf "Kioutschou" (Abs. 23) bezieht sich auf den 1897 von Deutschland als Repressalie gegen die Ermordung zweier deutsche Missionare erworbenen Flottenstützpunkt gleichen Namens.¹¹ Wir sind jetzt bereits dabei, die Informationen über die politische und soziale Situation im Frühjahr 1898 zu sammeln, die für das inhaltliche Verständnis des Textes insgesamt erforderlich sind. Wir wollen das hier nicht alles ausbreiten, sondern wiederum nur einige Fingerzeige geben. Die Grundlage bildet jetzt die umfangreiche Fachliteratur, wobei Handbücher wie der Gebhardt, die Verfassungsgeschichte von Huber und Dieter Frickes Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (hier besonders Kapitel XI zu Wahlkampf und parlamentarische Tätigkeit) als Einstieg zu benutzen sind und in vielen

Fällen auch ausreichen. Sie sollten diese bisherigen Informationen vertiefen und gegebenenfalls weitere zu den im Wahlauftritt angesprochenen Komplexen Rüstungs-, Flotten- und Kolonialpolitik sowie Handels-, Agrar- und Zollpolitik sammeln, auf die sich die Ausführungen größtenteils beziehen.

Die Reichstagswahlen standen im Zentrum der Aktivität der Sozialdemokratie des Kaiserreichs. Die Beteiligung der SPD war - im Unterschied zu den Landtagswahlen - nicht mehr umstritten. Aus den seit 1884 ununterbrochenen Erfolgen bei den Reichstagswahlen schöpfte man einen Großteil des Optimismus. Die gesamte Organisation und Agitation der Partei war auf die Reichstagswahlen konzentriert. 1898 standen sie für den 16. Juni bevor. Bei Für die Sozialdemokratie war diese Massenbasis ihres politischen Gegners neben ihrer Untergangstheorie, die die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern abschreckte, ein weiterer Grund für ihre geringe Resonanz und Agitationschancen in ländlichen Regionen. den Wahlen 1893 hatte die SPD 1,8 Millionen Stimmen (23,2 % der gültigen Stimmen) erhalten. Sie war damit noch deutlicher als 1890 als stärkste Wählerpartei bestätigt. Die Wahlkreiseinteilung (Benachteiligung der Industriegebiete und Großstädte) und das absolute Mehrheitswahlrecht, das eine große Zahl Stichwahlen erforderlich machte, reduzierten den sozialdemokratischen Mandatsanteil 1893 aber auf 11,1 %. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Reichstag wurde, vor allem wegen des scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs der SPD, von den Konservativen als Bedrohung der Bismarckschen Verfassung angesehen (obwohl die Befugnisse des Reichstags begrenzt waren). Durch die quasi außerkonstitutionelle Stellung des Militärs war eine permanente Staatsstreichdrohung in das Verfassungssystem eingebaut. Zwar schreckten die Machthaber vor einem solchen schwer kalkulierbaren Schritt zurück, und im Reichstag war keine verfassungsändernde Mehrheit dafür zu erlangen. Aber als Ersatz bemühte sich die Regierung Hohenlohe in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre darum, die Arbeiterbewegung durch neue Repressionsgesetze auszuschalten. Man strebte eine "Sammlungspolitik" der bürgerlichen und agrarischen Kräfte gegen die Sozialdemokratie an. Faktisch vollzog sich die politische Unterdrückung in diesen Jahren hauptsächlich auf der Ebene der Einzelstaaten. Dort dominierten verschiedene Formen beschränkten oder ungleichen Wahlrechts, wobei dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen als dem mit Abstand wichtigsten Einzelstaat eine besondere Bedeutung zukam, weil Preußen - vor allem über den Bundesrat - die Verfassungsentwicklung des Gesamtreichs blockierte. Sachsen, eine Hochburg der SPD, hatte 1896 nach dem Scheitern der "Umsturzvorlage" das gleiche Wahlrecht beseitigt und das preußische Wahlrecht übernommen, so dass die SPD dort nicht mehr in den Landtag einzog. Für die SPD ging es bei den Reichstagswahlen 1898 also darum, angesichts verschärfter polizeilicher Unterdrückung und politischer Entrechtung zu beweisen, dass sie ihren Vormarsch fortsetzte und damit auch ein größeres Drohpotential gegen eine eventuelle Abschaffung des allgemeinen, gleichen

⁹ Ritter: Arbeiterbewegung, S. 137 f.

¹⁰ Es sah vor, die deutsche Kriegsflotte bis 1904 erheblich zu vergrößern (19 Linienschiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 42 Kreuzer). Hier lagen die Anfänge für das Wettüben auf See.

¹¹ Als erste Orientierung vgl. Born, Karl Erich: Von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg, in: Gebhardt. Handbuch der Deutschen Geschichte, 9., neu bearb. Aufl., hg. v. Herbert Grundmann, Bd. III: Von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1970, S. 329-346 (§§ 55 und 56) (als Taschenbuch 1. Aufl., München 1975).

Wahlrechts im Reich anbieten konnte.

Inhaltsangabe

Hier geht es darum, textimmanent das Wesentliche knapp zusammenzufassen. Sie werden sehen, dass diese Übung der eigenen gedanklichen Klärung dient und für die spätere Arbeit sehr nützlich ist. Wir schlagen folgende Zusammenfassung vor:

Berlin, Ostersonntag 1898. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft die Mitglieder und Wähler zur Unterstützung im kommenden Wahlkampf und beim Wahlgang auf. Es gehe um die Verteidigung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und des Koalitionsrechts sowie der Vereins- und Versammlungsfreiheit gegen Großagrarien und Großindustrielle. Gegen die Schutzzollallianz dieser beiden Gruppen vertrete die SPD eine konsumentenfreundliche "stetige" Handels- und Agrarpolitik. Verurteilt wird die Rüstungs-, Flotten- und Kolonialpolitik der Reichstagsmehrheit, die - zu einseitigem Vorteil der reichen Klassen, die einen eigenen materiellen Beitrag ablehnten - das Volk steuerlich belaste und den Krieg zwischen den "Kulturvölkern" vorbereite. Neben den Arbeitern "ohne Unterschied ihrer religiösen und sonstigen Anschauungen" werden auch "Handwerker, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende aller Art, untere Beamte" aufgefordert, eigenen Interessen gemäß mit der Sozialdemokratie zu kämpfen. Auch die Frauen sollen sich trotz fehlenden Wahlrechts als Agitatorinnen beteiligen. Es gelte, "Kapitalismus und Militarismus" bei den Wahlen einen "wichtigen, entscheidenden Schlag" zu versetzen.

Eingrenzung des Aussagebereichs / Kontext

Wir greifen hier die Informationen auf, die wir bei der sachlichen Aufschlüsselung bereits gesammelt haben, und fügen weitere hinzu, ebenfalls - von den Handbüchern ausgehend - auf der Grundlage der Fachliteratur. Wir kennen bereits den größeren historischen Zusammenhang des Wahlaufrufs und erweitern unsere diesbezüglichen Kenntnisse nach Bedarf. Zur Strategie und Taktik der SPD in den Monaten vor der Reichstagswahl 1898 wären neben der Literatur auch andere Quellen heranzuziehen, hier - neben dem Protokoll des Hamburger Parteitags vom Oktober 1897 - die wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften, in erster Linie der "Vorwärts", die "Neue Zeit" und gegebenenfalls die "Sozialistischen Monatshefte" (Organ der revisionistischen Strömung). Diese Publikationen sind heute in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken verfügbar - möglicherweise mikroverfilmt - oder können über den Deutschen Leihverkehr als Fernleihe bestellt werden. Über die Absichten der Verfasser hat schon die Aufschlüsselung des Textes einigen Aufschluss geben können (etwa hinsichtlich des Versuchs, auch nichtsozialdemokratische Arbeiter und Angehörige nichtproletarischer Schichten zu gewinnen). Nützlich wäre ein Vergleich mit früheren und späteren Aufrufen zu Reichstagswahlen, die über die Presse zu ermitteln sind. Dadurch ließen sich situationsspezifische von durchgängigen Argumentationsweisen trennen.¹² Über die Situation der Verfasser zum Zeitpunkt der Abfassung des Textes (und damit vielleicht Zusätzliches über die dahinter stehenden Überlegungen) sowie über die

¹² Der Wahlaufruf der Reichstagsfraktion zur Vorbereitung der Reichstagswahl von 1893 - die Regierung hatte nach dem Scheitern ihres Antrages auf Verstärkung der Heeresorganisation das Parlament aufgelöst - stand z. B. noch ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Militärvorlage, allerdings hieß es auch: "Nicht um die Militärvorlage allein wird es in dem neuen Reichstag sich handeln, sondern - darüber müssen wir uns klar sein - die Grundrechte des Volkes, vor allem das allgemeine Wahlrecht, sind in Gefahr. Das herrschende System, die Interessen der Besitzenden, drängen nach ihrer Beseitigung." Vgl. Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 10. Jg., Nr. 107 (7.5.1893).

Entstehungsgeschichte können wir die teilweise gedruckt vorliegenden Briefwechsel von Vorstandsmitgliedern befragen.¹³ In diesem Fall werden wir aber weder bei Liebknecht noch bei möglichen anderen Akteuren fündig. Protokolle der Parteivorstandssitzungen sind nicht erhalten. Schließlich sollten wir den sozialdemokratischen Wahlaufufruf mit den Wahlaufufrufen der anderen Parteien (siehe die jeweilige Presse) konfrontieren und nach eventuellen direkten Reaktionen im nichtsozialistischen Lager suchen; hier käme auch die parteilose bürgerliche Presse in Frage.

Nachdem Sie die Hauptargumentationslinien des Textes kennen und sachlichen Verweisen nachgegangen sind, wollen wir uns der eingangs formulierten Leitfrage nach der agitatorischen Ansprache neuer Wählerschichten für die SPD zuwenden: welche Zielgruppen werden direkt angesprochen und mit welchen Argumenten?

"Insbesondere müssen die Arbeiter ohne Unterschied ihrer religiösen und sonstigen Anschauungen zusammenstehen, denn ein gut Stück ihrer wirtschaftlichen und politischen Existenz steht auf dem Spiele " (Abs. 20)

"Handwerker, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende aller Art, untere Beamte, Arbeiter, Alle, die Ihr bei harter Arbeit und schwerer Sorge für kargen Lohn den Kampf ums Dasein führt, Ihr, auf deren Arbeit unser Staats- und Gesellschaftsbau ruht - Eure Sache ist es, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen, Euer eigenes Interesse gebietet es." (Abs. 33)

"Insbesondere richten wir an Euch deutsche Frauen die Mahnung: könnt Ihr noch nicht als Wählerinnen mit uns kämpfen, so beteiligt Euch als Agitatorinnen am Kampf." (Abs. 35)

Erinnern Sie sich an unsere obige Anmerkung, dass der innerparteiliche Versuch, gegen die herrschende Parteitheorie Maßnahmen zum Bauernschutz in die Parteiprogrammatik mit aufzunehmen, mit großer Mehrheit zurückgewiesen und demgegenüber der Standpunkt bekräftigt wurde, Interessenvertretung aller Arbeiter - auch jener, denen erst noch die Proletarisierung bevorstand - zu sein, dann erscheint die relativ allgemein gehaltene Zielansprache an die Wähler im vorliegenden Aufruf als ganz bewusst gewählte Agitationsform. Bebel formulierte den "ganzheitlichen" Anspruch der Partei in seiner Nachlese zu den Reichstagswahlen als Antwort darauf,

*"... daß der Aufschwung der Partei nicht in dem Maße eintrat, wie es vielleicht viele unter uns gehofft haben ... Wenn wir Alle darin einig sind, daß wir dem schwer kämpfenden Kleinbürger und auch dem Bauernstand auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung keine Rettung bieten können, dann sind wir gezwungen ihnen im Wahlkampf mit unseren Endzielen zu kommen. (Lebhafter Beifall). Wir können dem kleinen Bürger und Bauern nicht mit Arbeiterschutz, mit Arbeiterversicherung kommen, denn dafür hat er kein Verständnis, vielleicht ist er sogar dagegen, denn sie legen ihm Opfer auf, jedenfalls nützen sie ihm nichts."*¹⁴

Kautsky, dessen Resolution auf dem Breslauer Parteitag für die Ablehnung jenes Bauernschutzes entscheidend gewesen war, hatte es noch drastischer ausgedrückt:

*"Nur der hoffnungslose Bauer wird Sozialdemokrat, nur derjenige, der die Überzeugung gewonnen hat, daß ihm im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht zu helfen ist."*¹⁵

¹³ Etwa: Liebknecht, Wilhelm: Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, hg. v. Georg Eckert, Bd. II, Den Haag 1973.

¹⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Stuttgart v. 3.-8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 93.

¹⁵ Kautsky, Karl: Unser neuestes Programm, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 13. Jg. (1894/95), S. 619.

So ist der Wahlauf Ruf zur Reichstagswahl gerade keine Zielansprache für eine bestimmte über die engere Industriearbeiterschaft hinausgehende, neu angesprochene und umworbene Wählerschicht, sondern im Gegenteil Ausdruck des Gesamtvertretungsanspruchs der SPD, Partei aller Arbeiter zu sein. Es werden allgemeine aktuelle politische und wirtschaftliche Themen aufgegriffen - eine griffige Wahlparole wie 1893 mit dem Kampf gegen die Rüstungspolitik der Regierung fehlte jedoch -und absichtsvoll vermieden, einer gesellschaftlichen "Sondergruppe" wie den Kleingewerbetreibenden und Bauern irgendwelche Versprechungen zu geben. Im Rechenschaftsbericht der Parteileitung zu den vergangenen Reichstagswahlen wird angesichts des eher mageren Stimmenzuwachses der Partei um 318.000 Stimmen aufgrund geringerer Wahlbeteiligung (gegenüber 1893 Steigerung von 23,3 % auf 27,2 %) die Strategie der Partei noch einmal bekräftigt:

"Daß in einer Reihe von Fragen Berührungspunkte zwischen den Interessen der Bauern und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorhanden sind, ist sicher. Dies gilt besonders in Bezug auf die Gegnerschaft gegen den Militarismus und die daraus resultierende Steuerlast. Für den Bauern, für den die Privilegien, die der Bourgeoisie durch die Institute des einjährig-freiwilligen Dienstes und des Reserve-Offzierthums eingeräumt sind, nicht wirksam werden, hat der Militärdienst fast nur Schatten-, aber keine Lichtseiten ... Von den Militär- und Steuerlasten aber abgesehen verfolgt der Bauernhofsbesitzer fast durchweg Interessen, die auf einer Marschroute liegen, die weitab von der unseren geht. Das in unseren Reihen vielfach verlangte Agrarprogramm würde zur Gewinnung dieser Bauern nur dann dienen, wenn wir ihnen auf allgemeine Kosten Vortheile einräumten, die wir ohne Verstoß gegen unsere Parteigrundsätze nie gewähren können ... Vor Allem aber werden wir auch in den Provinzen mit bäuerlicher Bevölkerung und ohne Großgüter und Gutsbezirke unser Hauptaugenmerk auf die Arbeiter und die Wahrnehmung ihrer Interessen richten müssen. Das sind unsere natürlichen Anhänger und sie werden umso leichter zugänglich sein, als deren Interessen und Bedürfnisse bisher von keiner anderen Partei berücksichtigt wurden oder in Zukunft berücksichtigt werden können. Hinaus aufs Land wird also nach wie vor unsere Parole bleiben, wir können aber auch dort unsere Erfolge nicht als Bauern-, sondern nur als Arbeiterpartei erzielen."¹⁶

Was die Wirkungsgeschichte des Wahlauf rufs betrifft, wäre zunächst in der SPD- bzw. Gewerkschaftspresse und in der Spezialliteratur nach unmittelbaren Reaktionen der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder zu suchen: Artikel, Leserbriefe, nichtöffentliche Äußerungen. Von der breiteren Wählerschaft werden keine schriftlichen Äußerungen vorliegen. Man wird nach genauer, differenzierender Analyse (waren die Aussagen des Wahlauf rufs wirklich bestimmend für den Wahlkampf?) zwar nicht den vorliegenden Wahlauf ruf allein, aber doch den durch ihn eingeläuteten Wahlkampf der SPD als einen Faktor sehen dürfen, dem für das schließliche Wahlergebnis tatsächlich einige Bedeutung zukam.¹⁷

Einschätzung / Bestimmung des Erkenntniswerts für die eigene Fragestellung

Sie sehen, man kann von einer Quelle aus eine ganze historische Konstellation aufrollen. In der Praxis wird eine Quelle meist im Rahmen einer bestimmten Themen- und Fragestellung behandelt und nicht an sich. Keinesfalls ergibt sich der spezielle Erkenntniswert "von selbst" Aus den vorangegangenen Arbeitsschritten. Neben unserer Leitfrage nach der Agitation zur Gewinnung neuer Wählerschichten wären auch andere Frageansätze denkbar gewesen, etwa: Die Bedeutung der Wahlagitation im Transformationskonzept der Sozialdemokratie des Kaiserreichs. Oder: die Bedeutung der Reichstagswahl 1898 für die Sammlungspolitik. Einige der hier von uns aufgeworfenen Fragen erhalten

¹⁶ Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898, S. 26 f.

¹⁷ Näheres bei: Otto Büsch u. a. (Hg.): Wählerbewegung in der deutschen Geschichte, Berlin 1978, S. 152 ff. Zum Abschneiden der SPD in ländlichen Regionen vgl. Lehmann: Agrarfrage, S. 215-218.

dann größeres, andere kleines Gewicht. Möglicherweise entdecken Sie, dass die Quelle für Ihre Fragestellung nur wenig ergibt. Möglicherweise muss die Fragestellung auch präzisiert werden oder es müssen unter Umständen weitere Quellen herangezogen werden. Nach dem bisherigen Befund wurden in dem Wahlauf Ruf der SPD keine Wählerschichten in besonderer Weise angesprochen. Dies geschah offensichtlich ganz bewusst. Vielmehr sollte mit Themen, die alle Arbeiter betrafen, mit aktuellen Bezügen und mit dem Verweis auf die Endziele der Partei wohl gerade bekräftigt werden, Vorkämpfer aller Unterdrückten zu sein. Diese Feststellung könnte z. B. durch die Heranziehung weiterer Agitationsschriften untermauert oder aber modifiziert werden. Einen Hinweis auf solche Quellen gibt der Bericht des Parteivorstandes über die Agitation bei den gerade stattgefundenen Reichstagswahlen:

"Die erste offizielle Kundgebung unserer Partei zu den bevorstehenden Wahlen war ein Aufruf der früheren Reichstagsfraktion an die: 'Parteigenossen und Wähler!' ... Dieser Aufruf, mit dem der taktische und prinzipielle Aufmarsch der Sozialdemokratischen Partei zum Abschluß gebracht war, erschien in unserem Zentralorgan am 10. April, knapp vier Wochen später hielt der Reichstag seine letzte Sitzung und erfolgte sein Schluß am 6. Mai. War die Wahlbewegung vorher schon in vollem Gange, so steigerte sich dieselbe jetzt mit jedem Tage mehr. Unsere Presse führte den Vorkampf mit Geschick und Umsicht, an unsere Redner wurden, trotzdem von Seiten der Behörden und der gegnerischen Parteien die unglaublichsten Anstrengungen gemacht wurden, uns die Versammlungslokale abzutreiben, Anforderungen gestellt, die schon aus rein physischen Gründen nicht immer zu erfüllen waren. Millionen von Flugblättern wurden verteilt, in denen teils unsere Parteigrundsätze entwickelt, teils die Angriffe der Gegner zurückgewiesen und ihre reaktionären, volksfeindlichen Ziele enthüllt wurden. Vom Parteivorstand gelangten gleich zu Beginn des Wahlkampfes drei Entwürfe zu Wahlflugblättern als Manuskripte gedruckt zur Versendung an die Zentralwahlkomitees. Außerdem wurde eine 16 Seiten starke, ausschließlich für die ländliche Bevölkerung bestimmte Flugschrift in Massenaufgabe hergestellt und den Wahlkomitees gratis zur Verfügung gestellt."¹⁸

Wenn Sie die bisher zutage geförderten Teilergebnisse schriftlich auflisten und zusammenfassend verknüpfen, werden Sie feststellen, wie schnell Sie von der Ebene gesicherter Tatsachen auf die der Interpretation gelangen. Damit beginnt die eigentliche Aufgabe des Historikers, die er - in ständiger Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand, der Fachliteratur und der Quellenlage insgesamt - desto besser bewältigen wird, je sicherer er sein Handwerkszeug, die Kritik und Interpretation von Quellen, beherrscht.

¹⁸ Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898, S. 18 f.